



Gaskavernen: Grüne können Änderungen zum Flächennutzungsplan durchsetzen

ALLE FOTOS DIESER AUSGABE: JÖRG RUTZEN



Eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau der Gasspeicher, verstärkte Lärmschutzmaßnahmen und weitergehende Sicherheitsleistungen für Spätschäden sind unverzichtbar, so das Ergebnis der Beratungen auf der Mitgliederversammlung der Ronnenberger GRÜNEN.

Ratsherr Andreas Beichler weist darauf hin, dass es für Unternehmen auch eine gesellschaftliche Verantwortung unabhängig von der Einhaltung von Grenzwerten gibt. Die GHG muss zusagen, den Lärmschutz kontinuierlich zu verbessern.

Die Grünen haben erhebliche Zweifel an den Aussagen zur dauerhaften Sicherheit der 7 Gasspeicher, deren Volumen sich insgesamt vervierfachen soll, geäußert.

Bei den über den Speichern gelegenen Schichten handelt es um eine seit Jahrhunderten ausgebeutete und dadurch erheblich vorgeschädigte Salzformation. Offen ist bisher, wie die Kavernen im Anschluss genutzt werden sollen. »Zum Schutz der Bevölkerung muss die GHG zur Klärung der offenen Fragen eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für diese Anlage durchführen, auch wenn die Bundesregierung es bisher versäumt hat geltendes EU - Recht umzusetzen«, so Ratsherr Andreas Beichler.

Außerdem fordern die GRÜNEN von den Muttergesellschaften der GHG GmbH eine Haftungserklärung, auch über das Ende des Betriebes der Gasspeicher hinaus. Wenn es beim Betrieb der Gasspeicher

oder auch Jahre später zu größeren Absenkungen und Schäden kommen sollte und die Versicherungssumme der GHG nicht ausreicht oder im Falle einer Insolvenz oder Auflösung der GmbH, darf am Ende nicht der Steuerzahler auf den unkalkulierbaren Kosten sitzenbleiben.

Die grüne Ratsfraktion hat im laufenden Verfahren zur Änderung des betreffenden Flächennutzungsplanes folgende Änderungsanträge eingebracht, die alle die Zustimmung des Rates gefunden haben:

(1) Ergänzung Abwägung 1.2. am Ende und Umweltbericht Seite 35 wird angefügt:

»Die Stadt wird sich dafür einsetzen, dass die Ursachenforschung für die tiefrequenten Brummtöne gemeinsam mit der GHG und der Region fortgeführt wird. Die Stadt wird versuchen, eine Zu-

sage von der GHG zu bekommen, dass diese auch weiterhin unabhängig von der Einhaltung von Grenzwerten zusätzliche Maßnahmen zur Lärminderung vornimmt. In dem städtebaulichen Vertrag soll versucht werden, hierzu eine grundsätzliche Bereitschaft aufzunehmen.«

(2) Erster Absatz Seite 11 wird vollständig ersetzt und im F-Plan Begründung Punkt 3 geändert:

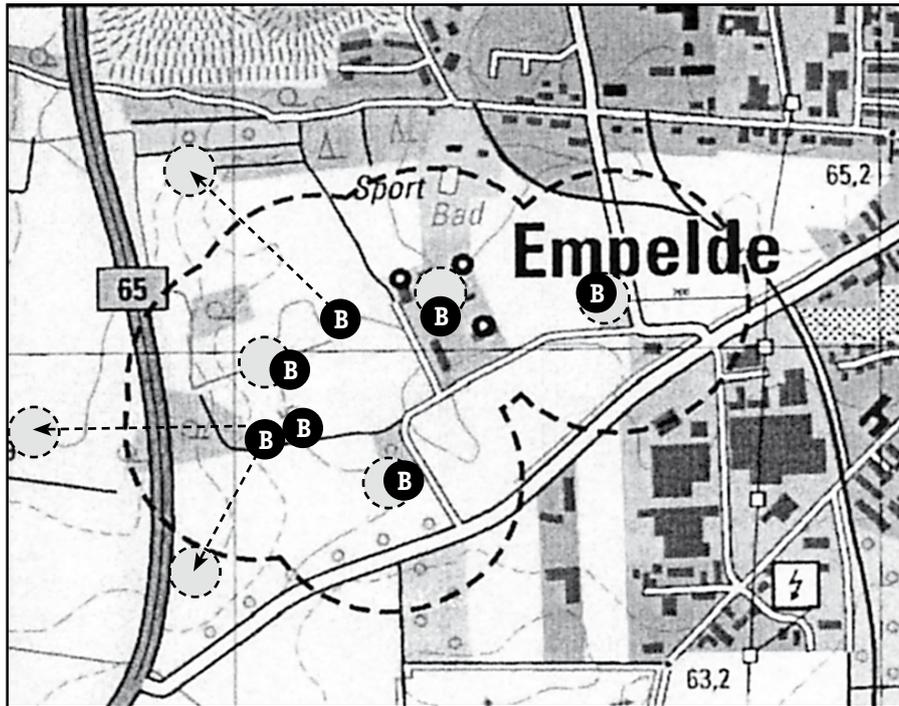
»Da die räumlichen Auswirkungen direkt über den Kavernen, Absenkungen, und Gasaustritte nicht 100%ig ausgeschlossen werden können, wird der Geltungsbereich des F-Planes erweitert um die Bereiche der Kavernenstandorte und den Zuleitungen mit einem Radius von 200m.«

(3) Einfügung in Abwägung Allgemein am Ende und in die Begründung des F-Planes Begründung am Ende von 8.5:

»Darüber hinaus fordert die Stadt von den Muttergesellschaften der GHG GmbH eine vollständige Haftungsübernahme

Weiter auf Seite 2





Legende

- B** Bohrlochansatzpunkt
- Kaverne
- Schrägbohrung zur Kaverne
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Das Bild zeigt den Geltungsbereich des Flächennutzungsplans (F-Plan) sowie die Lage der 7 Kavernen und die jeweiligen Bohrstützpunkte. In der ursprünglichen Planung lagen drei Kavernen außerhalb des Geltungsbereiches des F-Planes. Nach den Beratungen der Rates werden diese Flächen mit einem jeweiligen Sicherheitsradius von 200 m ebenfalls unter den Geltungsbereich des neuen F-Planes fallen.

Fortsetzung von Seite 1
für den Ersatz eines Bergschadens und der Folgenbeseitigung eines Schadens für den Fall, dass die Versicherung der GHG GmbH nicht ausreicht und für den Fall der Insolvenz oder Auflösung der GHG GmbH, die auch nach der Nutzung als Gasspeicher unbegrenzt weiter besteht.«

(4) Ergänzung Punkt Allgemein und F-Plan Begründung Punkt 1:
»Die Stadt weist an dieser Stelle aber ausdrücklich darauf hin, dass sie nach wie vor der Meinung ist, dass zur transparenten und umfänglichen Abarbeitung der Fragen des Gefahrenpotenzials des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung das richtige Instrument ist, auch wenn dieses nicht gesetzlich vorgesehen ist.«



Der Kommentar

Alle Fragen offen

Unter weitgehendem Ausschluss der Einspruchsmöglichkeiten vollziehen sich zurzeit ober- und unterirdische Baumaßnahmen zugunsten eines privatwirtschaftlich organisierten Unternehmens, der GHG GmbH. Die Öffentlichkeit hat so gut wie keine Einflussmöglichkeiten auf die derzeit schon laufenden Maßnahmen. Eine Anfrage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) bei der EU-Kommission hat ergeben, dass nach EU-Vorschriften eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt werden müsste. Das Bergamt jedoch hat nach deutschem Recht entschieden: Genehmigung ohne UVP durch das so genannte einfache Verwaltungsverfahren. Der nach EU-Recht für diese Maßnahme anzuwendende Anhang 2 der maßgeblichen Verordnung ist nämlich nicht in deutsches Recht übernommen worden! Durch diese Genehmigung des Bergamtes wurde der GHG GmbH ein umfassender Handlungsspielraum eingeräumt. Es ist äußerst bedenklich, ohne gründliche

Überprüfung von Sicherheitsbedenken im Hinblick auf Gefährdungen, möglichen Beeinträchtigungen von Privateigentum und Veränderungen der Oberflächenverhältnisse – kurz: ohne UVP diese Maßnahme zuzulassen. Auch dass vor jedem neuen Bauabschnitt ein so genanntes Anhörungsverfahren bei den Behörden durchgeführt werden muss, ist geradezu lächerlich, da Einsprüche von demselben Bergamt beurteilt werden. Umso erfreulicher ist es, dass die Änderungsvorschläge der Grünen in den Flächennutzungsplan aufgenommen wurden. Es kann nicht sein, dass über die offenen Fragen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger so hinweggegangen wird und sie letztlich die Risiken alleine tragen müssen. Es muss daher dringend geprüft werden, welchen Einfluss der Rat der Stadt Ronnenberg auf diesen Vorgang noch hat, um für die Anwohner die wesentlichen Fragen zu klären und sich gegen die Risiken vertraglich abzusichern.

Hans-Jürgen Pein



Hintergrund – Der Gasspeicher in Empelde

Seit Mai 2004 wird der 1982 mit drei Kavernen in Betrieb genommene Gasspeicher in Empelde erweitert. Jetzt ist die vierte Kaverne fertig und wird mit Gas befüllt. Die Gasspeicherbetreiber planen aber weiter und wollen das Volumen des Speichers vervierfachen. Sie haben die Erweiterung des Gasspeichers um drei weitere Kavernen und die Vergrößerung der ersten drei kleinen Kavernen beantragt. Grund dafür ist folgender: Der größte Teil der weltweit vorhandenen Erdgasvorräte wird voraussichtlich innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte verbraucht sein. Beim Erdöl ist dieser Punkt, der sich Peak Oil nennt, bereits erreicht. Da der Verbrauch beider Energiequellen weiter steigt, werden die Vorräte nur noch für eine absehbare Zeit zur Verfügung stehen, was den Preis in die Höhe treibt. Da der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt ist, bietet der Gasverkauf bereits vor dem Erreichen des Peak Gas gute Gewinnchancen. Da sich die Gasförderung im Sommer nicht drosseln oder abstellen lässt, können es die Betreiber preiswert einkaufen und im Winter gewinnbringend verkaufen. Betreiber ist die Gasspeicher Hannover GmbH (GHG), die 1977 als Gemeinschaftsunternehmen der Erdgas-Verkaufsgesellschaft in Münster, der Ruhrgas AG in Essen und der Stadtwerke Hannover AG gegründet wurde. Da der Sitz des Unternehmens nicht in Ronnenberg ist, fließen der Stadt daraus keine wesentlichen Einnahmen zu.

Problem der Nachnutzung

Was passiert, wenn die Kavernen nicht mehr als Gasspeicher benötigt werden? Wann das sein wird, hängt vom Verbrauch und von der Abnahme der Gasvorräte sowie von dem auf die Hohlräume der Kavernen einwirkenden Bergdruck ab. Mit einer Nutzungsdauer von rund 30 Jahren ist aber zu rechnen. Offen ist, wie die Kavernen danach genutzt werden sollen. Möglich wäre die Einlagerung problematischer flüssiger Abfälle. Bisher existiert aber kein Verschluss, der dauerhaft dem immens hohen Bergdruck von 300 bar widerstehen kann. Das bedeutet, dass der Bergdruck eines Tages alle in die Kavernen verbrachten Stoffe wieder herausdrücken wird. Das gilt auch für die Sole, die

in die Schächte Hansa in Empelde und Friedrichshall in Sehnde gepumpt wurde. Um die Versalzung des Grundwassers zu verhindern, wird also auch für sie eine Lösung gefunden werden müssen.

Bergrecht und UVP

Die Errichtung von unterirdischen Kavernen unterliegt dem Bergrecht. Gemäß dem Bundesberggesetz beantragt der Betreiber die Genehmigung zur Errichtung bei der zuständigen Landesbehörde, hier dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie. Die betroffene Kommune wird nur informiert und angehört. Rechtliche Einwirkungsmöglichkeiten hat sie nicht. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sieht das Bergrecht nicht vor. Das Bundesberggesetz wurde 1990 um die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Bergbau) ergänzt. Damit sollte eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Die EU sieht im Anhang II dieser Richtlinie eine Einzelfallprüfung oder bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung von unterirdischen Gaskavernen vor. Da aber in die deutsche UVP-Bergbau nur Vorhaben des Anhangs I der EU-Richtlinie aufgenommen wurden, lehnte die Landesbehörde die Forderung nach einer UVP ab. Der BUND reichte daher bei der EU-Kommission in Brüssel Beschwerde ein. Sie wurde angenommen und das Vorhaben von der EU-Kommission als UVP-pflichtig eingestuft. Die Betreiber erstellten daraufhin einen Fragen- und Antwortkatalog, in dem sie einige der in einer UVP zu behandelnden Themen aufgriffen. Die EU-Kommission bezweifelte zwar, dass dieser Katalog als UVP anzusehen sei, prüfte ihn aber nicht weiter, da sie nicht für Einzelfälle zuständig ist. Sie übernahm jedoch die UVP-Bergbau in das Verfahren der Prüfung von nationalen Regelwerken, die offensichtlich nicht dem EU-Recht entsprechen. Der aktuelle Stand dieses Verfahrens ist noch offen. Aufgrund der Größe der geplanten Erweiterung scheint es aber sicher, dass die festgelegten Schwellenwerte weit übertroffen werden und daher für das Vorhaben nach EU-Recht eine Umweltverträglichkeitsprüfung erstellt werden muss.

Die Geschichte des Salzstockes

Seit 840 wurde laut einer Urkunde Ludwigs des Deutschen bei Amplidi (heute Empelde) der Benthler Salzstock ausgebeutet. 1639 entstand in Badenstedt ein »Salzwerk«. Es war vermutlich bis zum Dreißigjährigen Krieg in Betrieb. 1832 gründete dann Georg Egestorff die Saline Egestorffshall. Zur Erhöhung der Ausbeute wurde die erste Bohrung 1837 vertieft. Später kamen weitere Bohrungen und zwei weitere Salinen dazu. Damit konnte die Salzgewinnung erfolgreich bis 1965 betrieben werden. Die beträchtlichen Gewinne aus der Salzproduktion ermöglichten den Egestorffs die Gründung einer ganzen Reihe weiterer Unternehmen, wie z. B. der späteren Hanomag. Nach der Entdeckung der Kalisalze als Düngemittel im Jahr 1861 durch den Chemiker Justus von Liebig wurden von 1896 bis 1921 fünf Schächte zur Kalisalzgewinnung im Benthler Salzstock abgeteuft (so wird die Herstellung von senkrechten Hohlräumen wie Schächten oder Bohrlöchern von oben nach unten bezeichnet). Zunächst der Schacht Hermann in Benthe, der jedoch bei der Abteufung absoff, dann die Schächte Albert in Ronnenberg und Deutschland in Weetzen sowie Hansa I bis III in Empelde. Die Grube Hansa wurde 1973 stillgelegt. Die Grube Albert soff im Jahre 1975 durch einen Wassereinbruch ab. Es kam bis Hannover-Badenstedt zu erheblichen Senkungen der Erdoberfläche, die zu zahlreichen Schäden an Bauwerken führten. Die 710 Beschäftigten des Schachtes Albert verloren ihre Arbeit. Da die Stollen der Schächte Albert und Hansa stellenweise nur wenige Meter voneinander entfernt enden, bestand die Gefahr, dass das mit dem Wassereinbruch in die Grube Albert eingeflossene Süßwasser die trennenden Salzpfeiler auflösen könnte. Das Grubengebäude Hansa wurde daher von 1978 bis 1983 mit gesättigter Sole geflutet, die beim Aussolen der drei Kavernen des Gasspeichers in Empelde anfiel. Mittlerweile wurde der Gasspeicher um eine vierte Kaverne vergrößert. Der Benthler Salzstock ist also eine seit dem Jahre 840 an vielen Stellen umfangreich ausgebeutete und dadurch ganz erheblich vorgeschädigte Salzformation.



Demo in Ronnenberg-Empelde gegen Atomenergie

Die Grünen wollen den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen und die Anstrengungen zur Energieeinsparung vervielfachen.

Das hilft dem Klima wirklich!

Auch 23 Jahre nach dem Gau in Tschernobyl sind die katastrophalen Folgen immer noch sichtbar – und trotzdem halten schwarze und gelbe Atomlobbyisten nach wie vor an der Atomenergie fest.

Mit den Grünen wird es keine Renaissance der Atomkraft geben!

Spätestens seit Tschernobyl sollte jedem klar sein: Atomkraft ist lebensgefährlich, teuer, schützt das Klima nicht und erzeugt hochgefährlichen Müll, den bisher niemand sicher entsorgen kann. Daher ist der Ausstieg aus der Atomenergie heute noch genau so unabdingbar wie gestern. Die erfolglose, von Pannen begleitete Suche nach einer sicheren Endlagerlösung lässt nur eine Konsequenz für die Atomenergie zu: Die Atomkonzerne führen Klimaschutz und Versorgungssicherheit im Munde, doch in Wahrheit geht es um Profit und Macht. Sie wollen maximale Gewinne aus den alten, längst abgeschriebenen Meilern herausholen und gleichzeitig die Machtstrukturen auf dem Energiemarkt für die Zukunft zementieren.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg! Keine Laufzeitverlängerungen für AKWs!

Mit der Angst vor einer angeblichen »Stromlücke« und dem Lockmittel Strompreissenkung solle die Akzeptanz für die Atomkraft erhöht werden. Die »Stromlücke« ist eine Mär und eine Laufzeitverlängerung würde bloß zusätzliche Milliardengewinne in die Kassen der Stromkonzerne spülen.





Ein bunter und fröhlicher Demonstrationzug marschierte zum Tschernobyl-Gedenktag am 25. APRIL 2009 vom Dienstleistungszentrum an der Ronnenberger Straße quer durch Empelde zum Veranstaltungsort der »Ronnenberger Energietage« im Gewerbegebiet Hansa. Auch auf den Energietagen sorgten einige Aktivistinnen für »erhebliches« Aufsehen.





Die erfolgreiche Bürgersolaranlage auf dem Ronnenberger Rathausdach.

Interfraktioneller Antrag

Im Folgenden drucken wir den Interfraktionellen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD zur Erstellung eines Flächenkatasters für Solaranlagen in Ronnenberg ab:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die o. g. Fraktionen stellen nach der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzaktionsprogrammes für die Stadt Ronnenberg soll zur Vorbereitung ein Flächenkataster für potentielle Dach- und Fassadenflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet Ronnenberg erstellt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, bereits zum Behandlungstermin dieses Antrages im Fachausschuss, Preisangebote von fachlich qualifizierten Energieberatern einzuholen. Dabei sollen zwei Varianten angeboten werden, eine für Flächen ab 3 kWp und eine für Flächen ab 5 kWp zu installierende Leistung. Mit Hilfe vorhandener Satellitenaufnahmen (Google Earth) kann dieses ohne allzu großen Aufwand realisiert werden.

Ergänzend soll ein Angebot für ein Internetportal eingeholt werden, bei dem sich die BürgerInnen informieren können, ob sich die Dachflächen ihres Hauses für den Bau einer Photovoltaik-Anlage eignen und wie viel Quadratmeter Solarmodule gege-

benenfalls installiert werden können. Ein Beispiel gibt es u.a. in der Stadt Osnabrück, in der als Grundlage der Berechnung hochauflösende Laserscannerdaten aus einer Befliegung des Stadtgebietes hierfür bereitgestellt wurden.

Mit dem Kataster potenziell geeigneter Flächen soll bei den privaten und gewerblichen Gebäudeeigentümern gezielt für die Installation von PV-Anlagen geworben werden.

Die Verwaltung wird parallel dazu die Übersicht des Flächenangebotes auf öffentlichen Gebäuden aktualisieren, insbesondere vor dem Hintergrund fallender Modulpreise, die auch auf Flachdächern den wirtschaftlichen Betrieb einer PV-Anlage ermöglichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Eigentümern größerer Dachflächen zu verhandeln, ob diese, falls sie ihre Flächen nicht für eigene PV-Anlagen nutzen, ihre Flächen für Dritte zur Verfügung stellen. Die Verwaltung nimmt Kontakt mit den Wohnungsbauträgern, wie die Kreissiedlungsgesellschaft und Meravis (Reichsbund), mit der Bitte, ihre Planungen für ihre Dachflächen darzustellen, auf. Insbesondere die Wohnungsbauträger, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, haben hier eine hohe Verantwortung ihre Möglichkeiten an der Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung, der Stadt und der Region auszuschöpfen.

Neben der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestandes gehört hierzu auch die Zurverfügungstellung von Dachflächen zur Nutzung regenerativer Energien an Dritte, sofern sie nicht selbst dafür genutzt werden.

Als Betreiber von PV-Anlagen kommen neben der Stadt, der EWA oder sonstige Gewerbetreibende auch Zusammenschlüsse von Privatleuten, wie Bürgersolarvereine in Betracht (wie beim Rathausdach).

Die Stadt wirbt für die verschiedenen Betreibermodelle und hilft bei der Vermittlung zwischen Betreibern und Eigentümern, insbesondere bei der Vertragsgestaltung für die Zurverfügungstellung der Flächen. Sie berät interessierte Bürger und stellt auf Wunsch den Kontakt zu erfolgreichen Initiativen für Bürgersolaranlagen her und informiert über regionale Handwerksbetriebe, die die Installation von PV-Anlagen anbieten.

Bei zukünftigen Neubauten im Stadtgebiet wird die Stadt im Rahmen des zur Zeit in Arbeit befindlichen Klimaschutzaktionsprogrammes die Nutzung von Dach- und ggf. Fassadenflächen für die Erzeugung regenerativer Energien vorgeben.

Begründung:

Um die Vorgaben der Bundesregierung und die an mehreren Stellen von der Stadt beschlossenen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Anstrengungen im Bereich der Energieeinsparung, Energieeffizienz und der dezentralen Energieerzeugung und -nutzung von regenerativen Energien auch auf kommunaler Ebene erheblich verstärkt werden.

Die diversen Vorteile einer dezentralen Stromerzeugung aus der Sonnenenergie müssen hier nicht mehr aufgezählt werden. Die Stadt, die Ratsfraktionen und die EWA haben sich bei ihren bisherigen Beschlüssen und umgesetzten Maßnahmen bereits auf diesen Weg begeben.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Wenzel (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)

Carsten Mauritz (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU)

Dieter Schur (Fraktionsvorsitzender der SPD)



Grüne Ratsfraktion stellt Anfrage zur Bauschuttdeponie:

Die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt nach der Geschäftsordnung des Rates folgende Anfrage:

Aufgrund der EU-Regelungen zur Deponierung von Abfällen läuft die Ablagegenehmigung für bestimmte Stoffe auf die Erd- und Bauschuttdeponie in Empelde zum 15.07.2009 aus. Der Eigentümer hat eine Genehmigung zur weiteren Deponierung bei der Region Hannover beantragt. Wir fragen deshalb die Stadtverwaltung:

- Wie ist der derzeitige Stand im Antragsverfahren bezüglich der Verlängerung/

bzw. Sondergenehmigung zur Fortführung der Erd- und Bauschuttdeponie in Empelde?

- Welche Folgen hat die Überleitung vom Abfallrecht ins Baurecht für den Betreiber der Erd- und Bauschuttdeponie, insbesondere bezüglich einer möglichen Herabsetzung der Grenzwerte für Schadstoffe im Bauschutt?
- Gibt es einen Zusammenhang und wenn ja, welchen, zwischen einerseits einer möglichen restriktiven Handhabung für die Erd- und Bauschuttdeponie

Empelde und andererseits der zukünftig vorgeschriebenen Rekultivierung öffentlicher Hausmüll-Deponien mit Bauschutt?

- Muss für die Maschine zur Zerkleinerung des Bauschutts – die Brecheranlage – eine Genehmigung vorliegen und wurde diese im Zusammenhang mit den Änderungen erneuert?

Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt im nächsten Rundbrief.



Die 2 Gesichter der Bauschuttdeponie in Empelde: Links der renaturierte Südteil des Berges und unten die Brecheranlage im Norden der Halde. Hier ist die Ummantelung des Salzberges noch nicht abgeschlossen!

Renaturierung und Bauschuttdeponie hängen eng zusammen! Es muss aber aus grüner Sicht verhindert werden, dass belastetes Material den Berg schon in naher Zukunft zu einem Sanierungsfall macht, für den dann die Umwelt und alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen.





Am Samstag, 29. August, 14 Uhr, wird der große Treck von dem Atommülllager in Gorleben nach Berlin starten. Viele wendländische Bauern werden sich mit ihren Treckern auf den Weg machen und auch so an den Treck von 1979 erinnern. Der Treck führt vorbei an den Atommüllkippen Asse und Morsleben sowie dem Schacht Konrad. Unterwegs und an den Stationen soll und kann der Treck begrüßt und begleitet werden:

- Sonntag, 30. August: 17 Uhr Braunschweig, 19 Uhr Schacht Konrad
- Montag, 31. August: Schacht Konrad
- Dienstag, 1. September: 10 Uhr bis abends in Wolfenbüttel
- Mittwoch, 2. September: 14 Uhr Helmstedt Markt, 19 Uhr Helmstedt
- Donnerstag, 3. September: 9 Uhr Kundgebung Morsleben, 12 Uhr Magdeburg, 19 Uhr Brandenburg
- Freitag, 4. September: 12 Uhr Potsdam, abends Berlin mit Aufbau der Themenwagen
- **Samstag, 5. September: die Demonstration!**

Auch der OV-Ronnenberg ruft zur Demo nach Berlin auf. Wir werden zusammen mit vielen AKW-Gegnerinnen aus der Region mit Bussen nach Berlin fahren. Genaueres erfahrt ihr unter den unten angegebenen Adressen oder direkt beim Grünen Regionsverband: Telefon 0511 3008866.

Fünf gute Gründe GRÜN zu wählen!

- 1** Für ein grünes Europa – durch Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Soziales
- 2** Für ein ökologisches Europa – durch erneuerbare Energien und innovative Umwelttechnologie
- 3** Für ein soziales Europa – durch zukunftsfeste Arbeitsplätze, Mindestlohn und soziale Sicherheit
- 4** Für ein demokratisches Europa – durch Stärkung der Menschen- und Bürgerrechte und einen konsequenten Daten- und Verbraucherschutz
- 5** Für ein friedliches Europa – durch Krisenprävention, zivile Konfliktbewältigung und eine humane Flüchtlingspolitik

Mit Grünen Ideen aus der Krise – durch einen umfassenden ökologischen und sozialen Umbau Europas.

Gehen Sie zur Wahl!



Am 7. Juni 2009 bei der Europawahl GRÜN wählen!



Impressum – Vorstand

V.i.S.d.P.:

Regina Lupp,
Vorstandsprächerin
Telefon 0511 433164
regina.lupp@
gruene-ronnenberg.de

Verena Kuhn
Vorstand
Telefon 0511 466863
verena.kuhn@
gruene-ronnenberg.de

www.gruene-ronnenberg.de



Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel
Sieben-Trappen-Str. 1
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 65 28
ruth.wenzel@
gruene-ronnenberg.de

Lisa Maack
Wallbrink 13
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 923559
lisa.maack@
gruene-ronnenberg.de

Andreas Beichler
Zum Mühlenberg 14 b
30952 Ronnenberg
Telefon 0511 461130
andreas.beichler@
gruene-ronnenberg.de

Jens Williges
Stettiner Str. 7
30952 Ronnenberg
05109 8299
jens.williges@
gruene-ronnenberg.de